



Dorothee Mooser

Nervendrucktechniken im Polizeieinsatz

Unzulässiges Zwangsmittel und Verstoß
gegen die Menschenrechte?



**Deutsches und Europäisches Strafprozessrecht
und Polizeirecht**

herausgegeben von

Prof. Dr. Mark A. Zöller, Universität Trier

Band 15

Dorothee Mooser

Nervendrucktechniken im Polizeieinsatz

Unzulässiges Zwangsmittel und Verstoß
gegen die Menschenrechte?



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Regensburg, Univ., Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-8959-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-3233-8 (ePDF)

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2021 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Regensburg als Dissertation angenommen.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Prof. Dr. Alexander Graser, der mein Promotionsvorhaben mit vielen Ratschlägen maßgeblich beeinflusst, mir viel Freiraum in der Thematik gegeben und mich bei meiner Recherche tatkräftig unterstützt hat.

Herrn Prof. Dr. Robert Uerpmann-Witzack danke ich für die schnelle Erstellung des Zweitgutachtens. Für die Aufnahme meiner Arbeit in seine Schriftenreihe danke ich Herrn Prof. Dr. Mark A. Zöller.

Weiterer Dank gilt all denjenigen, die meine Recherche über die Anwendung der Nervendrucktechniken unterstützt haben. Insbesondere danke ich Herrn Jürgen Kestner von der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg für das überaus große Engagement und die Organisation meines Besuchs an der Hochschule in Biberach, Herrn Sven Adam für die Perspektive eines Rechtsanwalts zu diesen Techniken sowie Herrn Bundesverfassungsrichter a.D. Prof. Dr. Udo Steiner für den ertragreichen Kontaktaufbau zur Bayerischen Polizei. Ebenso gilt mein Dank Frau Prof. Dr. Katrin Gierhake und dem „Finanziellen Anreizsystem zur Förderung der Gleichstellung“ für die finanzielle Unterstützung meiner Reise an die Hochschule für Polizei.

Auch meine Kolleginnen und Kollegen der Universität Regensburg und meine Freunde haben den Fortschritt meiner Arbeit erheblich vorangetrieben; sei es durch tiefgehende Diskussionen oder die zahlreichen Kaffeepausen, um den Kopf freizubekommen. Dafür danke ich ihnen, insbesondere Dr. Maximilian Link und Dr. Patrik Balkie. Das Team am Lehrstuhl hat die Jahre an der Universität zu einer prägenden Erfahrung für mich gemacht. Danke für die Unterstützung und die schöne Zeit!

Schließlich gebührt meiner Familie der größte Dank.

Ich danke meinen Eltern, die nicht nur mehrfach meine Arbeit durchgegangen sind, sondern auch in jedem Moment des Zweifels und der Unklarheit mit viel Geduld und beruhigenden Worten an meiner Seite waren. Lisa Brandt danke ich für die bereitwillig angebotene und gründliche Korrektur der Arbeit. Meinem Bruder Daniel habe ich zu verdanken, dass es überhaupt zu dieser Dissertation kommen konnte. Ohne seine, durch

Vorwort

das gesamte Studium hindurch und bis heute anhaltende, ständige Unterstützung, Diskussionsbereitschaft und tatkräftige Hilfe in allen Themen und Bereichen, hätte ich es nicht so weit geschafft. Vielen Dank dafür!

Zuletzt danke ich Alexander Federmann in Liebe für die seelische Unterstützung, die Motivationsansprachen und den Antrieb in diesen ereignisreichen Jahren.

Regensburg, im Februar 2022

Dorothee Mooser

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
Teil 1 Einleitung und methodische Aspekte	15
A. Einleitung	15
B. Recherchevorgehen	20
I. Die Interviews	24
II. Besuch der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg	29
III. Umgang mit den Informationen	30
C. Aufbauproblematik	30
Teil 2 Problemaufriss	32
A. Problemendarstellung im einfachen Recht	32
B. Problemendarstellung in Grund- und Menschenrechten	33
Teil 3 Nervendrucktechniken – Begriff, Wirkung, Anwendung	35
A. Begriffsbestimmung	35
B. Auswirkung auf die Person	39
C. Anwendung durch die Polizei	44
I. Anwendungsbeispiele	46
II. Einsatzmöglichkeiten und Anwendungsschwierigkeiten	48
III. Außenwirkung	51
IV. Wirkung im Einsatz	52
V. Einschätzungen zur Verhältnismäßigkeit durch die Polizei	52
VI. Fazit	55
Teil 4 Einordnung der Nervendrucktechniken nach nationalem einfachem Recht	57
A. Nervendrucktechniken als Maßnahme der Polizei	57
I. Unabdingbarkeit einer Rechtsgrundlage	58
II. Ansicht der Rechtsprechung	61

Inhaltsverzeichnis

III. Mögliche Rechtsgrundlage: Verwaltungszwang	65
1. Verwaltungszwang	66
2. Zwangsmittel nach den Landespolizeigesetzen	68
3. Unmittelbarer Zwang	71
a) Definition unmittelbarer Zwang	71
b) Einordnung der Nervendrucktechniken	73
aa) Arten des unmittelbaren Zwangs	73
bb) Nervendrucktechniken als körperliche Gewalt	75
c) Problematik der Unmittelbarkeit	77
aa) Definition Unmittelbarkeit	78
(1) Bisherige Begriffsdeutung im Polizeirecht	78
(2) Abgrenzung unmittelbarer Zwang und Ersatzvornahme	81
(3) Unmittelbarkeitsbegriff in anderen Rechtsgebieten	85
(4) Begriffsbedeutung „unmittelbar“ beim unmittelbaren Zwang	86
(5) Zwischenergebnis	91
bb) Unterscheidung bezüglich des Zieles beim Einsatz der Nervendrucktechniken	91
(1) Unterlassen, Dulden gewollt	91
(2) Handlung gewollt	92
i. Nur mittelbarer Erfolg	92
ii. Beispiel einer Hausbesetzung	94
cc) Ergebnis: teilweise Unzulässigkeit	95
B. Zwischenfazit	96
Teil 5 Menschenrechtliche Problematik bei der Anwendung von Nervendrucktechniken	97
A. Rechtliche Bindung an höherrangiges Recht	97
B. Problemdarstellung	98
C. Mögliche betroffene Menschenrechtskataloge	99
I. Völkerrechtliche Vereinbarungen, insbesondere die EMRK	99
II. Deutsche Grundrechte	100
D. Der Folterbegriff in völkerrechtlichen Vereinbarungen	101
I. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte	101
II. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte	102
III. UN-Antifolterkonvention	105

IV. Grundrechtecharta der EU	110
V. Fazit	112
E. Europäische Menschenrechtskonvention	113
I. Innerstaatliche Einordnung der EMRK	113
1. Rang	114
2. Verpflichtete	116
II. Das Folterverbot, Art. 3 EMRK	117
1. Übersicht	117
a) Allgemeines	117
b) Anpassungsfähigkeit des Verbots	118
c) Mindestmaß an Schwere	118
d) Absolutheit	121
e) Pflichten des Staates	122
2. Definition	122
a) Folter	122
aa) Folter nach der Antifolterkonvention	125
bb) Auslegung des Folterbegriffes durch den EGMR	126
(1) Schwere und Systematik der Behandlung	126
(2) Absicht und Zweckgerichtetheit	128
(3) Verantwortlichkeit des Staates	129
(4) Resümee	129
b) Unmenschliche Behandlung und Strafe	130
aa) Überblick	130
bb) Behandlung und Strafe	131
cc) Schwere und Absicht	131
dd) Resümee	133
c) Erniedrigende Behandlung und Strafe	133
d) Rechtfertigung eines Eingriffs in Art. 3 EMRK?	135
3. Polizeieinsatz und Folter	138
III. Nervendrucktechniken	142
1. Wiederholung: Wirkungsweise und Auswirkungen der Nervendrucktechniken	143
2. Nervendrucktechniken als Folter nach Art. 3 EMRK	144
a) Bewertung der Nervendrucktechniken	145
aa) Exkurs: Fall Gäfgen	148
bb) Handlungserfolg	150
cc) Unterlassungs- oder Duldungserfolg	157
b) Resümee	159
3. Rechtfertigung trotz Uneinschränkbarkeit	160
IV. Fazit	162

Inhaltsverzeichnis

F. Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland	162
I. Auslegung im Sinne der EMRK	163
II. Folterbegriff nach deutschem Verfassungsrecht	163
III. Würde des Menschen, Art. 1 Abs. 1 GG	165
IV. Körperliche Unversehrtheit, Art. 2 Abs. 2 S. 1 Alt. 2 GG	170
V. Misshandlungsverbot festgehaltener Personen, Art. 104 Abs. 1 S. 2 GG	172
VI. Nervendrucktechniken	173
1. Nervendrucktechniken – Folter nach nationaler Definition	173
2. Eingriff in die Würde des Menschen	174
3. Eingriff in die körperliche Unversehrtheit	177
4. Mögliche Rechtfertigung der Nervendrucktechniken	178
a) Absolutheit des Art. 1 Abs. 1 GG	178
b) Rechtfertigungsmöglichkeiten des Art. 2 Abs. 2 GG	180
VII. Fazit	182
Teil 6 Verhältnismäßigkeit der Nervendrucktechniken	183
A. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	183
B. Verhältnismäßigkeit der Schmerzzufügung	187
I. Geeignetheit	188
II. Erforderlichkeit	189
1. Erforderlichkeit beim Erzwingen einer Handlung	189
2. Erforderlichkeit beim Erzwingen einer Unterlassung oder eines Duldens	194
3. Zwischenfeststellung zur Erforderlichkeit	198
III. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	198
C. Schmerzzufügung zur Durchsetzung staatlichen Handelns	206
Teil 7 Endergebnis der Unzulässigkeit der Nervendrucktechniken	208
Teil 8 Zusammenfassung der Arbeit in Thesen	211
Anhang	216
Literaturverzeichnis	221

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	=	andere Ansicht
AEMR	=	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
Art.	=	Artikel
Abs.	=	Absatz
Alt.	=	Alternative
ASOG	=	Allgemeines Gesetz zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin
Bay	=	Bayern <i>oder</i> Bayrisches
BayVBl	=	Bayrische Verwaltungsblätter
Bbg	=	Brandenburg <i>oder</i> Brandenburgisches
BeckRS	=	Beck-Rechtsprechung
BGB	=	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	=	Bundesgerichtshof
Bln	=	Berlin <i>oder</i> Berliner
Brem	=	Bremen <i>oder</i> Bremisches
BVerfG	=	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	=	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	=	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	=	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	=	Baden-Württemberg <i>oder</i> Baden-Württembergisches
bzgl.	=	bezüglich
bzw.	=	beziehungsweise
DÖV	=	Die Öffentliche Verwaltung, Zeitschrift für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften
DVBl	=	Deutsches Verwaltungsblatt
EGMR	=	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	=	Europäische Menschenrechtskonvention
et al.	=	und andere
EU	=	Europäische Union
f.	=	folgend
ff.	=	fortfolgend

Abkürzungsverzeichnis

GG	= Grundgesetz
GrC	= Charta der Grundrechte der Europäischen Union
H	= Hessen <i>oder</i> Hessisches
Hamb	= Hamburg <i>oder</i> Hamburgisches
h.M.	= herrschende Meinung
Hs.	= Halbsatz
i.e.S.	= im engeren Sinn
IPbpr	= Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
i.S.d.	= im Sinne des/der
i.V.m.	= in Verbindung mit
i.w.S.	= im weiteren Sinne
JA	= Juristische Arbeitsblätter
JURA	= Juristische Ausbildung
JZ	= Juristenzeitung
LSA	= Sachsen- Anhalt, Land Sachsen-Anhalt <i>oder</i> Sachsen-Anhaltisches
LVwG	= Landesverwaltungsgesetz
LVwVG	= Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz
MDR	= Monatsschrift für Deutsches Recht
M-V	= Mecklenburg-Vorpommer <i>oder</i> Mecklenburg-Vorpommersches
Nds	= Niedersachsen <i>oder</i> Niedersächsisches
NDT	= Nervendrucktechniken
NJW	= Neue Juristische Woche
NRW	= Nordrhein-Westfalen <i>oder</i> Nordrhein-Westfälisches
NVwZ	= Neue Zeitung für Verwaltungsrecht
Nr.	= Nummer
OVG	= Oberverwaltungsgericht
OWiG	= Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PAG	= Polizeiaufgabengesetz
POG	= Polizeiorganisationsgesetz <i>oder</i> Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetz
PolG	= Polizeigesetz
PrPVG	= Preußisches Polizeiverwaltungsgesetz
RhIPf	= Rheinland-Pfalz <i>oder</i> Rheinland-Pfälzisches

Abkürzungsverzeichnis

Rn.	=	Randnummer
S	=	Saarland <i>oder</i> Saarländisches
S.	=	Satz <i>oder</i> Seite
Sächs	=	Sächsisches
SH	=	Schleswig-Holstein <i>oder</i> Schleswig-Holsteinisches
s.o.	=	siehe oben
SOG	=	Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
StPO	=	Strafprozessordnung
s.u.	=	siehe unten <i>oder</i> siehe unter
TCM	=	Traditionelle Chinesische Medizin
Thür	=	Thüringen <i>oder Thüringer</i>
Uabs.	=	Unterabsatz
UK	=	United Kingdom/Vereinigtes Königreich
UN	=	Vereinte Nationen
Urt.	=	Urteil
UZwG	=	Gesetz über den unmittelbaren Zwang
v.	=	vom
vs.	=	versus/gegen
Var.	=	Variante
VG	=	Verwaltungsgericht
VGH	=	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	=	vergleiche
VwVfG	=	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwVG	=	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
VwZVG	=	Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz
WVK	=	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge/ Wiener Vertragsrechtskonvention
z.B.	=	zum Beispiel

